Antrag 131/I/2026
KDV Reinickendorf
Der Landesparteitag möge beschließen:

Finanzierung der BVG-Muva-Rufbusse

Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt wird aufgefordert, die Finanzierung der Muva-Angebote langfristig zu sichern, so dass der Service der Muva-Busse weiterhin genutzt werden kann.

Begründung

Der BVG-Muva-Rufbus ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines modernen, inklusiven und barrierefreien öffentlichen Nahverkehrs in Berlin und sollte daher weiterhin finanziert werden. Das Angebot richtet sich gezielt an Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Seniorinnen und Senioren, Personen mit Kinderwagen oder Gepäck sowie an Fahrgäste, für die der reguläre ÖPNV aufgrund von Ausfällen, langen Wegen oder fehlender Barrierefreiheit schwer nutzbar ist. Mit der Weiterfinanzierung des Dienstes wird sichergestellt, dass diese Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können – ein zentrales Ziel der Berliner Mobilitäts- und Sozialpolitik.

Darüber hinaus überzeugt das System durch seine einfache Nutzbarkeit und soziale Ausgewogenheit: Berechtigte Personen können den Dienst ohne Zusatzkosten in Anspruch nehmen, sofern ein gültiges VBB-Ticket vorliegt. Damit bleibt Mobilität nicht vom Einkommen abhängig. Erste Auswertungen und Berichte zeigen, dass die technische Umsetzung zuverlässig funktioniert und der Service auf große Akzeptanz stößt.

Ein Wegfall der Finanzierung hätte gravierende Folgen. Für viele Nutzerinnen und Nutzer würde die Mobilitätskette im Alltag unterbrochen, insbesondere an Stationen ohne Aufzug oder in Randlagen mit geringem ÖPNV-Angebot. Dies stünde im klaren Widerspruch zu den Zielen der Barrierefreiheit, der sozialen Teilhabe und der Inklusion, die das Land Berlin selbst formuliert hat. Medienberichte verdeutlichen bereits jetzt die Sorge vieler Betroffener, durch eine mögliche Einstellung des Angebots in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt zu werden.

Die Fortführung der Finanzierung des BVG-Muva-Rufbusses ist daher nicht nur eine Frage der Daseinsvorsorge, sondern auch ein deutliches Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und moderner Mobilität. Anstatt das Angebot auslaufen zu lassen, sollte es langfristig gesichert, evaluiert und weiterentwickelt werden – etwa durch eine bessere Integration in digitale Buchungssysteme, eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit und die Ausweitung auf bisher unzureichend erschlossene Gebiete. Nur so kann Berlin seiner Rolle als inklusive, zukunftsorientierte Metropole gerecht werden.